

**Landkreis Emsland, mit Schreiben vom 12.01.2021**

Zum Entwurf der o. g. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:

**Städtebau**

Die Grundfläche der Wochenendhäuser wird im Plan festgesetzt. Um dauerhaftes Wohnen anstelle der Beherbergung von Gästen zu vermeiden, wird empfohlen, auch die maximale Größe der Wohnfläche festzusetzen.

**Naturschutz und Forsten**

**Naturschutzfachliche Belange:**

Grünflächen, die im Bebauungsplan festgesetzt werden, sind aus naturschutzfachlicher Sicht als öffentliche Grünfläche festzusetzen, da über diese Festsetzung ihre Zweckbestimmung dauerhaft gewährleistet wird. Grünflächen, die als private Grünflächen ausgewiesen und den Campingparzellen, Ferienhäusern bzw. Stellplätzen zugeordnet werden, laufen Gefahr von Campern/Nutzern vereinnahmt und verändert (Ändern der Pflanzenzusammensetzung, intensives Pflegen, Beseitigung, Umnutzung etc.) zu werden. Soll an der Festsetzung "private Grünflächen" festgehalten werden, sind die Grünflächen über schriftliche Vereinbarungen mit den Nutzern/Campern in ihrer Art, ihrer Größe und ihrer Beschaffenheit dauerhaft zu sichern.

Die Empfehlung, die Wohnfläche festzusetzen, wird zur Kenntnis genommen.

Im Bebauungsplan wird die Grundfläche für ein Ferienhaus mit 60 m<sup>2</sup> und für den dazugehörigen Stellplatz mit 15 m<sup>2</sup> festgesetzt. Die Firsthöhe darf maximal 6 m betragen und es darf maximal ein Vollgeschoss entstehen.

Durch diese Festsetzungen im Bebauungsplan wird der Charakter als Ferienhausgebiet ausreichend gesichert. An den bisherigen Festsetzungen des Bebauungsplanes wird aus diesem Grund festgehalten.

Eine öffentliche Grünfläche kann nur festgesetzt werden, wenn die Fläche tatsächlich öffentlich zugänglich sein soll. Das ist im Plangebiet nicht der Fall. Die festgesetzte private Grünfläche ist Bestandteil des Campingplatzes und soll auch nur von den Gästen des Campingplatzes genutzt werden.

Die festgesetzten privaten Grünflächen F1 und F2 trennen als zusammenhängender Grünzug den Uferbereich von den Standplätzen. Aufgrund der größeren zusammenhängenden Fläche ist nicht davon auszugehen, dass diese durch die Nutzer des Campingplatzes vereinnahmt werden bzw. eine drohende Vereinnahmung ist dann von dem Betreiber des Campingplatzes zu untersagen. Inwieweit die private Grünfläche

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

Die Fläche F 2, die als private Grünfläche festgesetzt wird, befindet sich lt. Aussage des Erläuterungsberichtes unterhalb einer 110 kV-Freileitung und unterliegt daher bezüglich der Vegetationsdecke Höhenbeschränkungen, d.h. Gehölze, die auf der Fläche gesetzt werden, dürfen aus Gründen der Sicherheit (Spannungsübersprünge) eine bestimmte Höhe nicht überschreiten. Sind auf dieser Fläche Gehölzpflanzungen vorgesehen, sind ausschließlich strauchartige Gehölzarten wie Haselnuss, Faulbaum, Holunder, Pfaffenhütchen, Weißdorn (mit Einschränkung), Schlehe etc. zu verwenden. Heimische Straucharten geraten aufgrund ihrer max. Wuchshöhen erst gar nicht in den Sicherheitsbereich der Leitung, wodurch sich wiederum der Pflegeaufwand erheblich reduzieren lässt.

Im Zuge der Eingriffsbilanzierung wird der betroffene Bereich des Poggenpoel-Sees bei der Ermittlung des Eingriffsflächenwertes mit einer Größe von 2.475 m<sup>2</sup> angegeben, bei der Ermittlung des Kompensationsflächenwertes jedoch mit einer Größe von 2.543 m<sup>2</sup> in die Bilanzierung eingestellt. In beiden Fällen wird der Biotoptyp trotz unterschiedlicher Größenangaben nicht bewertet bzw. wertneutral betrachtet. Gründe für diese Vorgehensweise sind nicht zu erkennen.

Der „Poggenpoel See“ hat eine Wasserfläche von ca. 2,56 ha und ist vergleichsweise klein. Die Nutzungen als Bade- und Freizeitsee, aber auch als Landschaftssee/Biotop Lebensraum für Tier- und Pflanzenarten birgt daher ein gewisses Maß an Konfliktpotential.

darüber hinaus gesichert werden soll obliegt den Absprachen zwischen der Stadt als Eigentümer und dem Betreiber der Flächen.

Die Anregung wurde bereits berücksichtigt. Eine entsprechende Festsetzung ist im Bebauungsplan bereits vorhanden: Innerhalb der Flächen zum Anpflanzen und Erhalten von Bäumen und Sträuchern F 2 sind die vorhandenen Sträucher zu erhalten und durch Sträucher der Pflanzliste zu ergänzen. Die Pflanzliste beinhaltet heimische und standortgerechte Straucharten.

Im Rahmen der Eingriffsbilanzierung wird der Bestand der künftigen Planung gegenübergestellt. Die Flächenfestsetzungen, die sich im Zuge der 3. Änderung nicht oder nicht wesentlich verändert haben sind dabei neutral betrachtet worden. Da sich die Wasserkante des Sees im Vergleich zum Ursprungsbebauungsplan etwas verändert hat, ist im Zuge der Vermessung eine um 68 m<sup>2</sup> größere Fläche ermittelt worden. Diese wurde entsprechend festgesetzt. Aufgrund der nur geringen Abweichung sind beide Flächen neutral in die Bilanzierung eingeflossen.

Der Hinweis auf eine Trennung des Badebereichs von dem naturnahen Gewässer durch geeignete Maßnahmen wird zur Kenntnis genommen und im Zuge der konkreten Planumsetzung berücksichtigt.

**Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:****Abwägungsvorschlag:**

Um neben der Nutzung zu Freizeit Zwecken auch eine Nutzung als Lebensraum aquatisch, semiaquatisch und terrestrisch gebundener Tier- und Pflanzenarten dauerhaft zu gewährleisten, ist aus naturschutzfachlicher und artenschutzrechtlicher Sicht eine Trennung der Nutzungen vorzunehmen. Der Badebereich ist klar zu definieren und durch eine schwimmende Absperrung (Bojenkette) kenntlich zu machen. Das Freizeitangeln ist, wenn zulässig, auf bestimmte und wenige Gewässerabschnitte zu beschränken. Sog. Angelbuchten sind ebenfalls auf wenige zu beschränken, so naturnah wie möglich zu belassen, vor Trittschäden zu schützen und selbstverständlich von Unrat, Müll etc. freizuhalten. Gewässerabschnitte, die naturschutzfachlich als wertvoll bzw. empfindlich einzustufen sind, sind von einer Freizeitnutzung auszuklammern und als Ruhezone auszuweisen. Auch in diesem Fall sind die Bereiche/Ufer- bzw. Gewässerabschnitte durch Hinweistafeln etc. kenntlich zu machen.

**Artenschutzrechtliche Belange:**

Zur Betrachtung der artenschutzrechtlichen Belange wurde eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) durchgeführt und den Planunterlagen als artenschutzrechtliches Gutachten beigelegt. Den Ausführungen und Aussagen der saP kann in weiten Teilen gefolgt werden. Die in der saP aufgeführten und näher beschriebenen Vermeidungsmaßnahmen sind zu beachten und zu gegebener Zeit in den Örtlichkeiten konsequent und vollständig umzusetzen. Werden im Zuge der Umsetzung des Bebauungsplanes Laichzonen (sonnenexponierte Uferbereiche) und/oder Gehölzstrukturen berührt, ist die Umsetzung durch eine kompetente Fachkraft (Landespfleger\*in, Ornithologe\*in, Biologe\*in) bauökologisch zu begleiten.

In Absprache mit dem Betreiber des Campingplatzes werden die Freizeitbeschäftigungen so geregelt, dass der naturnahe Bereich möglichst nicht beeinträchtigt wird.

Die in der saP beschriebenen Vermeidungsmaßnahmen werden beachtet und umgesetzt:

- Fällungs- und Rodungsarbeiten nicht in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September.
- Bauarbeiten im Bereich des Badesees nicht in der Zeit vom 1. Februar bis zum 30. Juni.

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

Forstfachliche Belange:

Die Um- und Neugestaltung sowie die Erweiterung des Campingplatz- und Ferienhausgeländes ist mit einer Beseitigung von Wald verbunden. Die Beseitigung von Wald geht in diesem Fall mit einer Umwandlung in eine andere Nutzungsart einher. Grundlage für die forstfachliche Betrachtung bildet das NWaldLG. Die Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart hat nach dem NWaldLG eine Ersatzaufforstung zur Folge. Die erforderliche Ersatzaufforstung wird in einem Verhältnis von 1:1,6 festgelegt. Die Festlegung des Ersatzaufforstungsverhältnisses ergibt sich aus der forstfachlichen Beurteilung mehrerer Parameter (Wertigkeit für den Naturhaushalt, den Biotopverbund, den Klimaschutz etc., Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen, Struktur/Aufbau, Alter, Artenzusammensetzung usw.) und nicht, wie auf S. 50 des Erläuterungsberichtes angeführt, aus der Verwendung eines Kompensationsmodells. Hinweis: Das im Rahmen der Eingriffsbilanzierung verwendete Kompensationsmodell (Städtetag-Modell) besitzt lediglich eine Bewertungsskala zwischen 0 und 5.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die Betrachtung der forstfachlichen Belange auf dem NWaldLG beruht, während die Betrachtung und Bewertung der naturschutzfachlichen Belange (Eingriffsregelung) das BNatSchG als Grundlage hat.

Die zur Aufforstung vorgesehenen Flächen (Flurstück 184/6, Flur 12, Gemarkung Papenburg und Flurstück 86/2, Flur 9, Gemarkung Papenburg) sind geeignet, die Ersatzaufforstungen aufzunehmen. Die Ersatzaufforstungen haben mit heimischen, standortgerechten Laubbäumen zu erfolgen. Zur Gründung und Entwicklung eines stabilen und vitalen Mischwaldes ist ein mehrreihiger Waldsaum aus vorwiegend strauchartigen Gehölzen zu schaffen. Die jungen Auf-

Der nebenstehende Hinweis in Bezug auf die Festlegung des Ersatzaufforstungsverhältnisses wird zur Kenntnis genommen. Die Begründung wird entsprechend redaktionell geändert.

Der Hinweis wurde im Rahmen der Ausgleichs- und Ersatzflächenermittlung berücksichtigt: Das Niedersächsische Waldgesetz liegt der Berechnung für den Waldersatz zu Grunde. Grundlage für den übrigen naturschutzfachlichen Ausgleichsbedarf ist das Bundesnaturschutzgesetz.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die zur Aufforstung vorgesehenen Flächen zur Aufnahme der Ersatzaufforstungen geeignet sind. Die aufgeführten Maßnahmen zur Anlage der Ersatzaufforstungen werden im Rahmen der Aufforstungsmaßnahme - soweit möglich - berücksichtigt.

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

forstungen sind mit einem mind. 1,60 m hohen Wildschutzzaun gegen Wildschäden zu schützen. Eine Roggeneinsaat zur Eindämmung der zwangsläufig aufkommenden Verkrautung wird angeraten. Eine Mitwirkung des Forstamts der LWK Niedersachsen (Bezirksförster) wird empfohlen.

**Abfallwirtschaft**

Zu den Planungsunterlagen wird folgender Hinweis gegeben:  
Die Zufahrt zu Abfallbehälterstandplätzen ist nach den geltenden Arbeitsschutzvorschriften so anzulegen, dass ein Rückwärtsfahren von Abfallsammelfahrzeugen nicht erforderlich ist.

Die Befahrbarkeit des Plangebietes mit 3-achsigen Abfallsammelfahrzeugen ist durch ausreichend bemessene Straßen und geeignete Wendeanlagen gemäß den Anforderungen der Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RASt in der aktuellen Fassung Ausgabe 2006) zu gewährleisten. An Abfuhrtagen muss die zum Wenden benötigte Fläche der Wendeanlage von ruhendem Verkehr freigehalten werden. Das geplante Rückwärtsfahren und das Befahren von Stichstraßen ohne Wendemöglichkeit ist für Entsorgungsfahrzeuge bei der Sammelfahrt nicht zulässig.

Am Ende von Stichstraßen (Sackgassen) sollen in der Regel geeignete Wendeanlagen eingerichtet werden. Sofern in Einzelfällen nicht ausreichend dimensionierte Wendeanlagen angelegt werden können, müssen die Anlieger der entsprechenden Stichstraßen ihre Abfallbehälter an der nächstliegenden öffentlichen, von den Sammelfahrzeugen zu befahrenden Straße zur Abfuhr bereitstellen. Dabei ist zu beachten, dass geeignete Stellflächen für Abfallbehälter an den ordnungsgemäß zu befahrenden Straßen eingerichtet wer-

Ein Rückwärtsfahren von Abfallsammelfahrzeugen ist nicht erforderlich, der Campingplatz verfügt über eine Ringerschließung.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Breite der Straßen im Plangebiet richtet sich nach der niedersächsischen Verordnung über Campingplätze, Wochenendplätze und Wochenendhäuser.

Stichstraßen müssen im Plangebiet nicht befahren werden.

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

den und dass die Entfernungen zwischen den jeweils betroffenen Grundstücken und den Abfallbehälterstandplätzen ein vertretbares Maß (i. d. R.  $\leq 80$  m) nicht überschreiten.

**Brandschutz**

Gegen die genannte Bauleitplanung bestehen in brandschutztechnischer Hinsicht keine Bedenken, wenn die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherstellung des abwehrenden Brandschutzes bei der Ausführung wie folgt beachtet werden:

- Für sämtliche geplante Maßnahmen ist die Löschwasserversorgung gemäß Arbeitsblatt W 405 zu beachten.
- Die Vorgaben der § 1 und § 2 DVO-NBauO und der NBauO sind zu beachten und umzusetzen.
- Der Abstand der einzelnen Hydranten von den Gebäuden darf 150 m nicht überschreiten. Die Standorte der einzelnen Hydranten bzw. Wasserentnahmestellen sind mit den zuständigen Brandschutzprüfer festzulegen.
- Die brandschutztechnischen Anforderungen der Verordnung über Campingplätze, Wochenendplätze und Wochenendhäuser (CPI-Woch-VO) sind zu erfüllen.

Maßnahmen zum abwehrenden Brandschutz werden mit dem Stadtbrandmeister abgestimmt.

Die Einhaltung der Vorgaben entsprechend NBauO und DVO-NBauO sind im Rahmen der Antragsstellung nachzuweisen.

Wie bereits oben beschrieben, werden Maßnahmen zum abwehrenden Brandschutz mit dem Stadtbrandmeister abgestimmt.

Die Einhaltung der brandschutztechnischen Anforderungen aus der Verordnung über Campingplätze, Wochenendplätze und Wochenendhäuser wird überprüft.

**Avacon Netz GmbH, mit Schreiben vom 09.12.2020**

Gern beantworten wir Ihre Anfrage. Die dritte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 125 befindet sich innerhalb des Leitungsschutzbereiches unserer 110-kV- Hochspannungsfreileitung Abzweig Papenburg, LH-14-021 (Mast 012-014).

Unsere Stellungnahme vom 09.09.2019 behält weiterhin ihre Gültigkeit und ist, um folgende Hinweise zu ergänzen.

- Für Bebauungen im Leitungsschutzbereich von 110-kV-Hochspannungsleitungen sind unterschiedliche Mindestabstände zu den Leiterseilen einzuhalten. Bei der Ermittlung der Abstände ist unter der Leitung der größte Durchhang und seitlich der Leitung das größtmögliche Ausschwingen der Leiterseile bei Wind anzunehmen. Dies hat zur Folge, dass innerhalb des Leitungsschutzbereiches nur eingeschränkte Bebauungen, Bodenlagerungen und Arbeitshöhen möglich sind.
- Vorsorglich weisen wir daraufhin, dass mit Vogelkot sowie bei ungünstigen Witterungsverhältnissen mit Eisabwurf von den Leiterseilen unserer 110-kV -Hochspannungsfreileitung zu rechnen ist. Für solche natur- und witterungsbedingten Schäden wird von unserer Seite keine Haftung übernommen.
- An unseren 110-kV-Hochspannungsfreileitungen können bei bestimmten Witterungsverhältnissen (Wind, Regen, Nebel oder Raureif) Geräusche/Koronaentladungen entstehen. Diese sind anlagenbedingt nicht vermeidbar und führen zu keinem Anspruch gegen die Avacon Netz GmbH.

Der Hinweis wird im Bebauungsplan in der Weise berücksichtigt, dass die Gebäudehöhen auf maximal 6 m über Erschließungsstraßenniveau begrenzt sind.

Zudem ist im Bebauungsplan der Hinweis enthalten, dass Arbeiten, Planungen und Bebauungen im Leitungsschutzbereich grundsätzlich im Detail mit dem Leitungsträger abzustimmen sind.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Er betrifft auch den bereits bestehenden Campingplatz, der sich bereits zum Teil im Schutzbereich der 110-kV-Leitung befindet. Probleme mit Eisabwurf oder Vogelkot sind bislang nicht bekannt.

Auch dieser Hinweis betrifft heute schon den bestehenden Campingplatz. Entsprechende Probleme oder Beschwerden sind bislang nicht bekannt.

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

- Beim Betrieb von Hochspannungsanlagen entstehen elektrische und magnetische Felder. Die Grenzwerte unserer Hochspannungsanlagen werden nach der Bundesimmissionsschutzverordnung (26. BImSchV, in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2013) eingehalten. Sollte Ihr geplantes Vorhaben Einfluss auf die Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte haben, sind die dadurch entstehenden Kosten, z.B. durch betriebliche Anpassung bis hin zur Ertüchtigung unserer Leitung, vom Verursacher zu tragen.

Änderungen der vorliegenden Planung bedürfen jedoch unserer erneuten Zustimmung.

Wir bitten Sie, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen.

**Schreiben vom 09.09.2019**

Gern beantworten wir Ihre Anfrage. Die dritte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 125 befindet sich innerhalb des Leitungsschutzbereiches unserer 110-kV- Hochspannungsfreileitung Abzweig Papenburg, LH-14-021 (Mast 012-014).

Bitte beachten Sie die im Anhang aufgeführten Hinweise.

Änderungen der vorliegenden Planung bedürfen unserer erneuten Prüfung.

Wir bitten Sie, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen.

Die Abstände zu den Hochspannungsfreileitungen sind in den DIN EN 50341 - I (VDE 0210- I) und DIN VDE 02010-2-4 (VDE 0210- 2-4) geregelt. Innerhalb des Leitungsschutzbereiches ist die zulässige Arbeits- und Bauhöhe begrenzt.

Die Lage und Breite des Leitungsschutzbereiches entnehmen Sie

Im Umfeld der vorliegenden Planung sind bereits ein Campingplatz und ein Ferienhausgebiet vorhanden, so dass davon ausgegangen wird, dass die magnetischen Felder die entsprechenden Grenzwerte gemäß 26. BImSch-Richtlinie bereits zum heutigen Zeitpunkt einhalten müssen. Eine wesentliche Änderung durch die Erweiterung des Campingplatzes ergibt sich hinsichtlich der Nutzung jedenfalls nicht.

Die Avacon Netz GmbH wird bei Änderungen und weiteren Verfahren im Leitungsschutzbereich und dessen Umfeld beteiligt.

Die Avacon Netz GmbH wurde im Zuge der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB am weiteren Verfahren beteiligt.

Der Hinweis wurde zur Kenntnis genommen. Die Begrenzung der zulässigen Arbeits- und Bauhöhe ist als Hinweis in den Planunterlagen vorhanden.

Der Leitungsschutzbereich ist nachrichtlich in die Planunterla-



Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

<p><i>bitte dem beigefügten Lage- und Profilplan.</i></p>	<p><i>gen übernommen worden.</i></p>
<p><i>Arbeiten, Planungen und Bebauungen im Leitungsschutzbereich unserer Hochspannungsfreileitung sind grundsätzlich im Detail mit uns abzustimmen.</i></p>	<p><i>Es wurde ein Hinweis in die Planunterlagen aufgenommen, dass Arbeiten, Planungen und Bebauungen im Leitungsschutzbereich mit dem Versorgungsunternehmen abzustimmen sind.</i></p>
<p><i>Der spannungsabhängige Sicherheitsabstand der Hochspannungsfreileitung (Abstand bei Arbeiten in der Nähe unter Spannung stehender Teile) beträgt in diesem Fall 5,0 m. Der Sicherheitsabstand zu den Leiterseilen muss jederzeit, auch bei Witterungseinflüssen wie Wind, eingehalten werden und darf keinesfalls unterschritten werden, da sonst Lebensgefahr besteht.</i></p>	<p><i>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und ist bereits in den Planunterlagen vorhanden.</i></p>
<p><i>Abgrabungen an den Maststandorten dürfen nicht vorgenommen werden. Sollten innerhalb eines Sicherheitsabstandes von 10,0 m um einen Maststandort Abgrabungsarbeiten erforderlich werden, so sind diese mit uns im Detail abzustimmen.</i></p>	<p><i>Maststandorte sind im Plangebiet nicht betroffen.</i></p>
<p><i>Die Maststandorte müssen für Unterhaltungsmaßnahmen zu jeder Zeit, auch mit schwerem Gerät wie z.B. Lastkraftwagen oder Kran, zugänglich sein</i></p>	<p><i>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die vorliegende Planung beinhaltet keine Maststandorte.</i></p>
<p><i>Beim Betrieb von Hochspannungsanlagen entstehen elektrische und magnetische Felder. Die Grenzwerte unserer Hochspannungsanlagen werden nach Bundesimmissionsschutzverordnung (26. BImSchV Ausgabe 08/2013) eingehalten. Sollte Ihr geplantes Vorhaben Einfluss auf die Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte haben, sind die dadurch entstehenden Kosten, z. B. durch betriebliche Anpassung bis hin zur Ertüchtigung unserer Leitung, vom Verursacher zu tragen. Der Einwirkungsbereich zur Einhaltung der Grenzwerte von elektrischen Anlagen mit einer Spannung von 110 kV ist seit dem 04.03.2016 rechtsverbindlich und umfasst einen Radius bis</i></p>	<p><i>Im Umfeld der vorliegenden Planung sind bereits ein Campingplatz und ein Ferienhausgebiet vorhanden, so dass davon ausgegangen wird, dass die magnetischen Felder die entsprechenden Grenzwerte gemäß 26. BImSch-Richtlinie bereits zum heutigen Zeitpunkt einhalten müssen. Eine wesentliche Änderung durch die Erweiterung des Campingplatzes ergibt sich hinsichtlich der Nutzung jedenfalls nicht.</i></p>

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

200,0 m um elektrische Anlagen.

*Nach Abschluss der Baumaßnahme ist der Avacon Netz GmbH vom Antragsteller ein Nachweis zu erbringen, dass die Grenzwerte nach der 26. BImSchV eingehalten werden.*

*Vorgesehene Reklameeinrichtungen, Fahnenstangen sowie Beleuchtungseinrichtungen innerhalb des Leitungsschutzbereiches müssen mit der Avacon Netz GmbH abgestimmt werden.  
Hochwüchsige Bäume dürfen innerhalb des Leitungsschutzbereiches nicht angepflanzt werden, da andernfalls die Einhaltung der Sicherheitsabstände in kürzester Zeit nicht mehr gewährleistet ist.  
Empfehlenswert sind standortgerechte Wildgehölze wie Büsche und Sträucher bis zur Kategorie Großsträucher, die mit geringer Wuchshöhe einen ausreichenden dauerhaften Abstand zu den Leiterseilen einhalten.*

*Es wird davon ausgegangen, dass die entsprechenden Werte eingehalten werden, da bereits heute entsprechende Nutzungen im Leitungsschutzbereich stattfinden.*

*Hochwüchsige Bäume sind im Plangebiet innerhalb des Schutzbereiches nicht geplant.*

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

**EWE NETZ GmbH, mit Schreiben vom 09.12.2020**

Vielen Dank für die Beteiligung unseres Hauses als Träger öffentlicher Belange.

Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe befinden sich Versorgungsleitungen und / oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.

Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.

Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Gleiches gilt auch für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ. Bitte planen Sie in diesem Fall Versorgungstreifen bzw. -korridore gemäß DIN 1998 (von min. 2,2 m für die Erschließung mit Telekommunikationslinien, Elektrizitäts- und Gasversorgungsleitungen) sowie die Bereitstellung notwendiger Stationsstellplätze mit ein.

Die Kosten der Anpassungen bzw. Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn, der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich gere-

Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe Versorgungsanlagen der EWE NETZ GmbH befinden, welche erhalten bleiben müssen und nicht beschädigt oder anderweitig gefährdet werden dürfen. Die vorhandenen Leitungen und Anlagen werden weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt.

Soweit eine Neuherstellung oder Änderungen bzw. Anpassungen der Ver- und Entsorgungsanlagen erforderlich werden, wird zur Kenntnis genommen, dass diese entsprechend den gesetzlichen Vorgaben und den anerkannten Regeln der Technik durchgeführt werden müssen.

Bei einer erforderlichen Neuerschließung werden die erforderlichen Versorgungstreifen bzw. -korridore sowie notwendige Stationsstellplätze mit eingeplant.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Kosten für Anpassungen bzw. Betriebsarbeiten grundsätzlich vollständig vom Vorhabenträger zu tragen sind, es sei denn, der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung

**Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:**

**Abwägungsvorschlag:**

gelt.	vertraglich geregelt.
Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.	Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine weiteren Anregungen vorgebracht werden.
Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch die EWE NETZ, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitungen und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren.	Die EWE NETZ GmbH wird in die weiteren Planungen einbezogen und rechtzeitig beteiligt.
Unsere Netze werden täglich weiterentwickelt und verändern sich dabei. Dies kann im betreffenden Planbereich über die Laufzeit Ihres Verfahrens / Vorhabens zu Veränderungen im zu berücksichtigenden Leitungs- und Anlagenbestand führen. Wir freuen uns Ihnen eine stets aktuelle Anlagenauskunft über unser modernes Verfahren der Planauskunft zur Verfügung stellen zu können - damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage veralteten Planwerkes kommt. Bitte informieren Sie sich deshalb gern jederzeit über die genaue Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen über unsere Internetseite <a href="https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen">https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen</a> .	Der Hinweis auf die aktuelle Anlagenauskunft wird zur Kenntnis genommen.
Zur effizienten Bearbeitung von Anfragen und Stellungnahmen bauen wir unsere elektronischen Schnittstellen kontinuierlich aus. Bitte schicken Sie uns Ihre Anfragen und Mitteilungen zukünftig an unser Postfach <a href="mailto:info@ewe-netz.de">info@ewe-netz.de</a> . Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner Frau Wernicke unter der folgenden Rufnummer: 04471 7011-295.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

**Kreisverband Wasser- und Bodenverbände Aschendorf-Hümmling, mit Schreiben vom 01.12.2020**

Von dem geplanten o. a. Bebauungsplan werden Belange des Unterhaltungsverbandes 104 "Ems IV" direkt berührt. Seitens des Unterhaltungsverbandes bestehen aber keine grundsätzlichen Bedenken, wenn folgende Auflagen und Bedingungen aus der Stellungnahme vom 23.08.2019 eingehalten werden:

***Bedingungen aus der Stellungnahme vom 23.08.2019***

1. *Im Bereich des Räumstreifens entlang des Ableiters dürfen auf 5 m Breite keine Anpflanzungen oder bauliche Anlagen jeglicher Art errichtet werden. Dies gilt auch für Aufschüttungen, Zaunanlagen usw...*
2. *Der UV 104 "Ems IV" ist frühzeitig am wasserrechtlichen Verfahren zu beteiligen.*

*Um Übersendung einer Durchschrift der Genehmigung wird gebeten.*

*Im Bebauungsplan wird ein entsprechender Räumstreifen festgesetzt. Innerhalb des Räumstreifens sind Anpflanzungen oder bauliche Anlagen jeglicher Art nicht zulässig.*

*Der Unterhaltungsverband wird frühzeitig am wasserrechtlichen Verfahren beteiligt.*

**Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, Hannover, mit Schreiben vom 12.01.2021**

in Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:

**Boden**

Mit Grund und Boden ist gemäß §1a BauGB sparsam und schonend umzugehen und flächenbeanspruchende Maßnahmen sollten diesem Grundsatz entsprechen (LROP 3.1.1, 04).

Entsprechend den Daten des LBEG sind die Böden sehr empfindlich gegenüber Bodenverdichtung (siehe Auswertungskarte "Gefährdung der Bodenfunktionen durch Bodenverdichtung" auf dem NIBIS Kartenserver). Verdichtungen sind durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden - zum Schutz und zur Minderung der Beeinträchtigungen des Bodens.

Aus bodenschutzfachlicher Sicht geben wir einige Hinweise zu den Maßnahmen der Vermeidung und Verminderung von Bodenbeeinträchtigungen. Vorhandener Oberboden sollte aufgrund § 202 BauGB vor Baubeginn schonend abgetragen und einer ordnungsgemäßen Verwertung zugeführt werden. Im Rahmen der Bautätigkeiten sollten einige DIN-Normen aktiv Anwendung finden (v.a. DIN 19639 Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben, DIN 18915 Vegetationstechnik im Landschaftsbau - Bodenarbeiten, DIN 19731 Verwertung von Bodenmaterial). Um

Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um die bedarfsorientierte Erweiterung eines bestehenden Campingplatzes am Standort. Dem Grundsatz eines sparsamen und schonenden Umgangs mit Grund und Boden wird somit entsprochen.

Im Rahmen der geplanten Erweiterung kann ein gewisser Grad an Bodenverdichtung nicht vermieden werden. Die dadurch entstehenden Beeinträchtigungen des Schutzgutes Boden werden im Zuge der Umsetzung der Maßnahmen zum Ausgleich über das Ökokonto der Stadt ausgeglichen. Die Umsetzung der Maßnahmen bewirkt auch eine Verbesserung der Bodenfunktionen, so dass dem Schutzgut Boden ausreichend Rechnung getragen wird.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, betreffen aber nicht die Festsetzungen des Bebauungsplanes sondern die konkreten Bauausführungen.

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

dauerhaft negative Auswirkungen auf die von Bebauung freizuhaltenen Bereiche zu vermeiden, sollte der Boden im Bereich der Bewegungs-, Arbeits- und Lagerflächen durch geeignete Maßnahmen (z.B. Überfahrungsverbotzonen, Baggermatten) geschützt werden. Boden sollte im Allgemeinen schichtgetreu ab- und aufgetragen werden. Die Lagerung von Boden in Bodenmieten sollte ortsnahe, schichtgetreu, in möglichst kurzer Dauer und entsprechend vor Witterung geschützt vorgenommen werden (u.a. gemäß DIN 19639). Außerdem sollte das Vermischen von Böden verschiedener Herkunft oder mit unterschiedlichen Eigenschaften vermieden werden. Auf verdichtungsempfindlichen Flächen sollten Stahlplatten oder Baggermatten zum Schutz vor mechanischen Belastungen ausgelegt werden. Besonders bei diesen Böden sollte auf die Witterung und den Feuchtegehalt im Boden geachtet werden, um Strukturschäden zu vermeiden. Der Geobericht 28 "Bodenschutz beim Bauen" des LBEG dient als Leitfaden zu diesem Thema.

Eine eingriffs- und funktionsbezogene Kompensation verbleibender Bodenfunktionsbeeinträchtigungen sollte durch geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Bodenfunktionen durchgeführt werden (z.B. Entsiegelung, Renaturierung, Wiedervernässung). Dementsprechend empfehlen wir Bodenab- und -auftrag im Zuge dieser Maßnahmen zu vermeiden und Maßnahmen zu wählen, die den natürlichen Standortbedingungen entsprechen. Wir weisen in diesem Kontext auf die LBEG Veröffentlichung Erhalt und Wiederherstellung von Bodenfunktionen in der Planungspraxis hin.

Hinweise

Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, weisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver. Die Hinweise zum

Durch die über das Kompensationskonzept der Stadt durchgeführten Maßnahmen, deren Werteinheiten dem Ökokonto der Stadt gutgeschrieben werden, werden auch die Bodenfunktionen verbessert. Aufgrund des Ansatzes, zusammenhängende Flächen nach bestimmten Themenbereichen (Wald, Moor, Ems) naturschutzfachlich zu entwickeln, profitiert auch die Funktion des Bodens. Der Anregung, hierbei möglichst die natürlichen Standortbedingungen zu berücksichtigen, wird gefolgt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Hinweise der LBEG und die Informationen aus dem NIBIS-Kartenserver eine geotechnische Erkundung oder Baugrunduntersuchung nicht er-

**Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:**

**Abwägungsvorschlag:**

Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.

In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.

Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.

setzen, und dass für entsprechende Untersuchungen die einschlägigen DIN-Vorschriften beachtet werden sollten.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Stellungnahme des LBEG keine Genehmigung, Erlaubnis, Bewilligung oder objektbezogene Untersuchung ersetzt.



**Wasserverband Hümmling, mit Schreiben vom 12.01.2021**

Gegen die o.g. Änderung des Bebauungsplanes bestehen seitens des Wasserverbandes Hümmling in der vorgesehenen Form weiterhin grundsätzliche Bedenken.

Der Verband hat bereits in seiner Stellungnahme vom 02.09.2019 im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange auf die für die Trinkwasserversorgung der gesamten Stadt Papenburg bedeutsame im Plangebiet verlegte Haupttrinkwasserversorgungsleitung der Dimension DN 400 sowie das parallel zur Wasserleitung verlegte Steuerkabel hingewiesen. Danach ist die Leitung und das Kabel im südlichen Plangebiet in Ost-West-Richtung verlegt und durch eine beschränkt persönliche Dienstbarkeit zugunsten des Verbandes grundbuchlich gesichert und muss dort auch erhalten bleiben. Die Eintragung geht auch mit einem Bauverbot einher.

In der nun vorgelegten überarbeiteten o.g. Planung vom 26.11.2020 ist die Leitung zwar nachrichtlich in einem Grundstücksstreifen von 8,0 m Breite in den Plan aufgenommen, aber eine Anpassung der inneren Erschließung zur Sicherstellung einer durchgängigen Erreichbarkeit der Leitungstrasse von West nach Ost für Unterhal-

Es wird zur Kenntnis genommen, dass weiterhin grundsätzliche Bedenken bestehen.

Der Hinweis wurde zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Planung in der Weise berücksichtigt, dass im Bereich der Trinkwasserleitung ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten des Leitungsträgers festgesetzt wurde. Gemäß der Kommentierung zum Baugesetzbuch von Ernst/Zinkahn/Bielenberg besteht die Rechtsfolge dieser Festsetzung darin, dass die Belastung der bezeichneten Flächen mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu Gunsten der in der Festsetzung bezeichneten Begünstigten (in diesem Fall des Leitungsträgers, also des Wasserverbandes) zulässig ist und Vorhaben, die solchen Belastungen widersprechen (damit wäre dann in diesem Fall eine Überbauung der Leitung gemeint), unzulässig sind. Durch die Festsetzung werden aber die Rechte selbst nicht festgesetzt oder begründet, sondern dazu bedarf es zum Beispiel der Eintragung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit, wie in diesem Fall vorliegend. Die Leitung ist damit dinglich gesichert und muss erhalten bleiben. Außerdem sind Vorhaben, die dem Geh-, Fahr- und Leitungsrecht widersprechen nicht zulässig. Die Leitung ist also ausreichend abgesichert.

Dadurch dass die Leitung nicht überbaut werden darf, ist eine Erreichbarkeit sichergestellt. Eine Anpassung der Erschließung ist zu diesem Zweck nicht erforderlich.

**Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:**

**Abwägungsvorschlag:**

tungs- und Reparaturmaßnahmen im gesamten Planbereich ist aus der Planung bisher noch nicht erkennbar. Dies ist aber aufgrund der Bedeutung und auch im Hinblick auf das Alter der Leitung (Bj. 1974) von besonderer Wichtigkeit.

Noch relevanter ist der Umstand, dass nach der jetzigen Festlegung im Bereich dieser Trasse eine Bebaubarkeit gegeben sein soll, die einerseits der Grundbucheintragung widerspricht und andererseits eine große reale Gefahr der dortigen Sachgüter und ggfs. für Leib und Leben von Personen darstellt. Insofern bestehen gegen diese Planungen erhebliche Bedenken des Wasserverbandes Hümmling.

Alternativ sollte die Verlegung der Leitung und des Steuerkabels dieses Abschnittes wie auch in dem Bereich des vorhandenen Bestandes westlich des Planbereiches geprüft werden. Allerdings setzt diese Maßnahme eine Kostenbeteiligung der Stadt Papenburg voraus. Zumindest müsste aber im Planbereich die Wegeführung zur Erschließung dieses Gebietes mit der Leitungstrasse in Einklang gebracht werden (also identische Trassen), so dass die Möglichkeit einer Überbauung von vornherein ausgeschlossen ist.

Auf eine frühzeitige Information des Verbandes über die weiteren Planungsmaßnahmen und ggf. eine Abstimmung mit ihnen hierzu bzw. zur evtl. Leitungsverlegung muss daher bestanden werden.

Wie bereits beschrieben, sind Vorhaben, die dem Leitungsrecht entgegenstehen, dazu zählt eine Überbaubarkeit, nicht zulässig. Die Bedenken des Wasserverbandes können somit entkräftet werden.

Inwieweit eine Verlegung und Kostenbeteiligung der Stadt in Frage kommt, kann im Zuge der konkreten Erschließungsplanungen geprüft werden. Eine Änderung der im Bebauungsplan vorgesehenen Festsetzungen ist zu diesem Zweck nicht erforderlich.

Der Verband wird über die weiteren Maßnahmen im Bereich der Leitung frühzeitig in Kenntnis gesetzt.